

Mediengesellschaft: Gemeinsame Erklärung der Kirchen

Eine breite öffentliche Auseinandersetzung über die sozialen und kulturellen Veränderungen, die einhergehen mit der rasanten Entwicklung bei den Medien, vor allem den elektronischen, fordern die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD in einer Ende April veröffentlichten gemeinsamen Erklärung.

Den Verweis auf das „Gemeinsame Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ legt schon der kurze zeitliche Abstand nahe. Knapp drei Monate nach dessen Veröffentlichung legen die beiden großen Kirchen in Deutschland erneut gemeinsam eine Stellungnahme zu einem brisanten Thema vor: „Chancen und Risiken der Mediengesellschaft“.

Erarbeitet wurde die Erklärung von einer 16köpfigen, aus Theologen, Journalisten und Kommunikationswissenschaftlern zusammengesetzten Arbeitsgruppe unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der Publizistik-Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, Weihbischof *Friedrich Ostermann* (Münster), und des Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, *Peter Steinacker*. Den Anstoß zu dieser gemeinsamen Erklärung, zu deren Fortschreibung sich die Kirchen angesichts der Schnellebigkeit der Medienwelt schon verpflichtet haben, gab in diesem Fall die evangelische Seite, konkret die 1992 mit dem Schwerpunktthema „Kirche und Medien“ in Suhl tagende EKD-Synode.

Medienentwicklung ist keine Naturgewalt

Auch mit dieser Erklärung wollen die Kirchen Impulsgeber für einen möglichst breit zu führenden gesellschaftlichen Dialog sein. Dieser Auseinandersetzung mit der künftigen Gestaltung

des Mediensystems messen sie dabei große Bedeutung bei, komme diesem doch „wegen seiner prägenden Kraft für kollektive Deutungsmuster, an denen die Menschen ihr Verständnis vom Leben und ihre Orientierung im Handeln ausrichten“, eine gesellschaftliche Schlüsselstellung zu. Ausdrücklich konzentrieren sich die Kirchen in ihrer Erklärung auf die *ethischen Fragestellungen* und den Orientierungsbedarf, der sich aus der Medienentwicklung der letzten Jahre ergibt. Ihre Zuständigkeit für diesen Themenbereich erklären sie direkt und schnörkellos: „Die Pflege von Kultur und Kommunikation ist wegen ihrer Bedeutung für die individuelle Wahrnehmung und für den Aufbau von Lebensorientierungen und Weltbildern immer ein wichtiges Anliegen der Kirchen gewesen.“

Die Erklärung ist dabei von einer zentralen Sorge getragen: Gegenüber der enormen Dynamik der technischen und ökonomischen Entwicklung auf dem Medien- und Kommunikationssektor drohen deren „schwer kalkulierbare“ soziale und kulturelle Folgen unterbelichtet zu bleiben. Die Frage, ob das technisch Machbare und in ökonomischer Perspektive Sinnvolle auch „Sozial- und Humanverträglichkeit“, ebenso „Verträglichkeit im internationalen Zusammenhang“ gewährleiste, scheinen oftmals ausgeklammert.

So sehen die Kirchen beispielsweise auch die *Medienpolitik* seit gut einem Jahrzehnt zunehmend in den Dienst von Technologie- und Standortpolitik genommen und weniger an kultur- und

gesellschaftspolitischen Zielsetzungen orientiert wie der Informations- und Meinungsfreiheit, Bildung und Aufklärung, gesellschaftlicher Integration und kultureller Identität.

Dagegen betonen die Kirchen den notwendig fortdauernden, immer dringlicher werdenden politischen Gestaltungsbedarf der Medien- oder Informationsgesellschaft; dabei müsse diese Gestaltungsaufgabe immer schon im globalen Zusammenhang gesehen werden. Bei der Vorstellung der 80seitigen Erklärung am 30. April in Frankfurt betonte dazu der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*: „Weder die technische Entwicklung der Medien noch ihre wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten müssen quasi wie eine Naturgewalt zu unvermeidlichen Ergebnissen führen.“

Vorrangig aber mahnen die Kirchen, die Medien als „Instrumente sozialer Kommunikation“ auch und wieder stärker von ihrer „dienenden“ Funktion und Aufgabe her zu betrachten, ihre Entwicklung nach dem Nutzen oder Schaden für die Würde des einzelnen und das Gemeinwohl zu beurteilen. Für die Kirchen sei entscheidend, ob die Medien- und Kommunikationstechniken „dem Menschen, der Entfaltung von Lebensmöglichkeiten, seiner kritischen Verantwortung und dem Zusammenleben in der (Welt-) Gesellschaft dienen“; gefördert und ausgebaut werden müßten jene Instrumente medialer Kommunikation, „die der Orientierung, der Aufklärung, der Selbstvergewisserung und Verständigung der Menschen dienen“.

Die Gefahr gesellschaftlicher Desintegration

Gemäß dem schon im Titel der Erklärung erhobenen Anspruch, sich Chancen und Risiken der Mediengesellschaft widmen und beide gegeneinander abwägen zu wollen, bemühen sich die Kirchen um eine ausgewogene Darstellung einer *höchst ambivalenten Entwicklung*, der mit der gegenwärtigen Entwicklungsdynamik verbunde-

nen politischen und ethischen Zielkonflikte.

Bestehen auf der einen Seite berechtigte Hoffnungen, der rasante Fortschritt der Medien- und Kommunikationstechnologie (Stichworte: Digitalisierung, Datenkompression, Verknüpfung von Informations- und Kommunikationstechnik, Internet) werde zum Wachstumsmotor der Wirtschaft, sind andererseits beispielsweise negative Beschäftigungseffekte bereits absehbar. Eine quantitative Zunahme des Informationsangebotes bedroht bei gewachsenem ökonomischem Druck die Qualität. Eine aus der nun schier unbegrenzten Informationsfülle resultierende Unübersichtlichkeit und Überlastung, der damit gewachsene Selektionsdruck senken möglicherweise das Informations- und Orientierungsniveau. Auch die Gefahr der Manipulierbarkeit steigt mit dem Zwang zur Auswahl.

Dem durch Vernetzung und weltweiten Datentransfer erreichten Fortschritt in Forschung, Wissenschaft und Bildung steht der Verlust an „Primärerfahrungen“, die Verlockung zur Flucht in Scheinwelten gegenüber. Prinzipiell fast unbegrenzte Kommunikationsmöglichkeiten gehen einher mit der Gefahr sozialer Isolation. Die Möglichkeit, aus einem fast unbegrenzten Medienangebot nach individuellen Bedürfnissen und Interessen wählen zu können, befördert unter Umständen erst recht Konsumhaltung und Passivität bei der Medienrezeption.

Die Ausdifferenzierung des Medienangebotes für eine kleine Zielgruppe, erkennbar beispielsweise an der stetigen Zunahme von Special-Interest-Zeitschriften und Spartenkanälen, könne zu einer weiteren Segmentierung der Gesellschaft führen. Mit der Erweiterung des Informationsangebotes vergrößere sich auch die Kluft zwischen gut und schlecht Informierten; Menschen mit einer guten Ausbildung und hoher Medienkompetenz könnten das erweiterte Medienangebot am besten nutzen.

Vor allem in solchen möglichen gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen

sowie der Spaltung auch der Weltgesellschaft in Informationsbesitzer und Informationshabenichtse („Länder mit guter Bildungs- und Wissenschaftsstruktur profitieren weit mehr vom Fortschritt der Informations- und Kommunikationstechnik als unterentwickelte“) sehen die Kirchen ein Hauptrisiko der gegenwärtigen Entwicklung. Ein anderes liegt für sie in der Bedrohung der Informations- und Meinungsvielfalt durch die wettbewerbsbedingt zunehmende Konzentration wirtschaftlicher und publizistischer Macht in den Händen oft international operierender Medienkonzerne.

Aufgrund dieses komplexen Befundes folgern die Kirchen beispielsweise die Notwendigkeit einer stetigen Neubestimmung auf die *journalistische Berufsethik*. Ihr Stellenwert habe mit der Expansion der Medien zugenommen. Konkreter noch fordern die Kirchen etwa auch, die individuellen und sozialen Folgen der Entwicklung der Mediengesellschaft sollten von einer unabhängigen wissenschaftlichen Forschung untersucht werden. An Bundesregierung und Bundesländer ergeht die Aufforderung, regelmäßig und zumindest alle zwei Jahre einen Bericht über diese Entwicklung vorzulegen, „der nicht nur die Daten zur wirtschaftlichen, technischen und rechtlichen Entwicklung enthält, sondern die Bereiche Sozialverträglichkeit, Meinungsvielfalt und Verantwortlichkeit der Medien einbezieht“.

Medienkompetenz als zentrale Bildungsaufgabe

Die im letzten Teil der Erklärung vorgelegten konkreten ethischen Orientierungshilfen und „Handlungsempfehlungen“ lassen sich auf zwei Punkte konzentrieren: Zum einen drängen die Kirchen, Möglichkeiten zu suchen, „die Verantwortung von Medienschaffenden für die Folgen ihres Handelns sowie die Einflußmöglichkeiten der Mediennutzerinnen und Mediennutzer zu stärken“. Entschieden setzen sie da-

mit gerade angesichts der Abnahme ordnungspolitischer Steuerungsmöglichkeiten im nationalen Rahmen auf Selbstregulierung, Eigenverantwortung und Selbstkontrolle. Ordnungspolitische Vorkehrungen zur Sicherung der Meinungs- und Medienvielfalt, zur Begrenzung von vorherrschender Meinungsmacht werden damit jedoch nicht obsolet.

Zum anderen aber legt die Erklärung besonderes Gewicht auf den kompetenten Umgang mit den Medien durch die *Nutzer*. Die Ausbildung einer solchen Medienkompetenz soll zu einer zentralen Bildungsaufgabe, der Umgang mit Medien zu einem integrierten Teil jeder Bildungsarbeit werden – vom Kindergarten ab bis zur Seniorenarbeit. Auch die Befähigung, die einzelnen Angebote selbst in kritischer und ethisch verantwortbarer Weise erstellen, beurteilen und nutzen zu können, sei um so wichtiger, „je mehr die Bedeutung anderer Steuerungsmöglichkeiten im Zuge der Deregulierung schwindet“.

Selbstkritisch weisen die Kirchen an einigen Stellen auch auf *eigene Versäumnisse* gegenüber den neuen medialen Herausforderungen hin und benennen den Nachholbedarf auf den verschiedenen Ebenen kirchlichen Lebens und Handelns. Die Auswirkungen der Medienentwicklung auf die kirchliche Arbeit seien dabei ebenso ambivalent wie die auf die Gesamtgesellschaft: So rechnen die Kirchen beispielsweise damit, daß in bezug besonders auf die elektronischen Medien die Ausweitung der Programmangebote dazu führen wird, „daß im Verhältnis zum Gesamtangebot die Zahl kirchlicher Beiträge zurückgeht (Verdrängung durch Angebotsmenge)“. Die Ausweitung der Programme habe bereits in den vergangenen Jahren zu teilweise erheblichen Einschaltquotenverlusten bei Sendungen mit religiös-kirchlichen Themen geführt, da diese mit massenattraktiven Programmen konkurrieren müßten. Gleichzeitig böten die neuen Medienanwendungen jedoch auch den Kirchen vielfältige Möglichkeiten, „in einem kreativen Prozeß die kirchliche Verkündigung

des christlichen Glaubens in neuen (auch unterhaltsamen Formen) zu präsentieren“. Dabei verspricht man sich einiges vor allem von den dialogisch orientierten Angeboten.

Als ein Ziel der vehement eingeforderten medienpädagogischen Anstrengungen weist die Erklärung eine „nüchterne Grundskepsis“ aus, mit der der Nutzer das ihm reichlich und em-

pathisch Angebotene prüfen solle. Mit „nüchterne Grundskepsis“ könnte man auch den Tenor der Erklärung beschreiben. Bei verhaltener Begeisterung und Faszination für die neuen technischen Errungenschaften der Medien- und Kommunikationswelt kommen die Kirchen dennoch ohne kulturpessimistische Zwischentöne oder gar Katastrophenszenarien aus. A. F.

keine provozierend-einseitigen Spitzen, war aber auch nicht im schlechten Sinn ausgewogen. Meyer äußerte sich programmatisch zum *gesellschaftlichen* wie zum *kirchlichen* Aufgabenfeld des ZdK, unter Voranstellung des ersten: Wichtig sei es vor allem, „die ethischen Werte zu retten und zu verteidigen, die für Christen als Grundlage der Menschenwürde und des menschlichen Miteinanders lebenswichtig sind, ganz unabhängig von jeder gesellschaftlichen Struktur“. Gleichzeitig plädierte er dafür, an den „nüchternen Realitätssinn“ des sozialen Katholizismus anzuknüpfen und diesen innovativ zu verteidigen.

Im innerkirchlichen Teil seiner Antrittsrede wandte sich Meyer gegen ein ungeschichtliches Verständnis von Kirche: „Eine lebendige Kirche muß sich entwickeln, und sie hat sich auch stets entwickelt, um die Botschaft des Glaubens verkünden und leben zu können.“ Die Erneuerung der Kirche könne aber nur aus dem Geist der Frohen Botschaft erfolgen. Der Dialog bleibe ein christliches Zeugnis, „wenn wir diesen Dialog auf der Grundlage des Glaubens und in der Gemeinschaft der Kirche führen“. Das müsse das Profil des Zentralkomitees sein.

In ihrem letzten „Bericht zur Lage“ hatte es Rita Waschbüsch weitgehend bei einer jeweils knapp charakterisierenden Aufzählung der wichtigsten ZdK-Ereignisse und -initiativen während ihrer Amtszeit belassen: Die Katholikentage von Berlin, Karlsruhe und Dresden, der Hildesheimer „Katholische Kongreß“ zum Thema Solidarität; Bemühungen um das christlich-jüdische und christlich-islamische Gespräch sowie um das Verhältnis zu Kunst und Kultur; Stellungnahmen zum Lebensschutz, zur Familien- und Ausländerpolitik. Sie kam zu dem Fazit, der deutsche Katholizismus habe sich in der zurückliegenden Zeit als „ausgesprochen lebendig und lebensfähig“ erwiesen. Das Verhältnis zwischen Zentralkomitee und Deutscher Bischofskonferenz bezeichnete sie als „gut und tragfähig“.

Mit dem Wechsel an der Spitze sind

ZdK: Unter neuer Führung

Zum neuen Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken wurde der sächsische Wissenschaftsminister Hans/Joachim Meyer gewählt. Er möchte sowohl das gesellschaftliche wie das kirchliche Profil des ZdK schärfen.

„Ich finde, daß das Aufbauprinzip des ZdK, die Zusammenführung gewählter Delegierter kirchlicher Räte und von Vertretern der Verbände, ein gutes Prinzip ist, weil es ein ausgewogenes Zusammenwirken der beiden wichtigsten Formen des Apostolats ermöglicht.“ Diese anerkennenden Worte zum Zentralkomitee der deutschen Katholiken fand im Frühjahr 1990 Hans Joachim Meyer, damals Bildungs- und Wissenschaftsminister im Kabinett *de Maizière* und Vorsitzender des „Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen in der DDR“, in einem Interview mit dieser Zeitschrift (vgl. HK, Mai 1990, 231). Jetzt wurde Meyer, inzwischen sächsischer Wissenschaftsminister, von der Frühjahrsvollversammlung des ZdK zu dessen neuem Präsidenten gewählt.

Rita Waschbüsch, seit 1988 ZdK-Präsidentin, hatte nicht mehr kandidiert. Viele Blicke richteten sich auf die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan als erwünschte Nachfolgerin; sie stand dann aber für eine Kandidatur nicht zur Verfügung. Als einziger Bewerber ging der sächsische CDU-Wissenschaftsminister und frühere Anglistik-Professor ins Rennen, bisher wie Annette Schavan einer

der vier Vizepräsidenten des Zentralkomitees. Meyer wurde am 25. April mit deutlicher, wenn auch nicht überwältigender Mehrheit gewählt: Er erhielt 136 Ja-Stimmen, bei jeweils 26 Neinstimmen und Enthaltungen.

Für nüchternen Realitätssinn

Der neue ZdK-Präsident kommt aus den neuen Bundesländern und war zu DDR-Zeiten im Rahmen der durch staatlich-ideologische Zwänge wie bischöfliche Vorgaben begrenzten Möglichkeiten als katholischer Laie aktiv, etwa als Mitglied der Dresdner Pastorsynode. Ins gesamtdeutsche kirchliche Rampenlicht trat er beim Berliner Katholikentag vom Sommer 1990 (vgl. HK, August 1990, 316 ff.). Damals sagte Meyer bei der Schlußveranstaltung vor dem Reichstag, die DDR-Katholiken kehrten in die Gemeinschaft der deutschen Katholiken erhobenen Hauptes zurück, „mit leeren Händen, aber nicht in Armut“.

Von solchem Selbstbewußtsein geprägt war jetzt auch die Rede, mit der sich der neue Präsident unmittelbar nach seiner Wahl dem ZdK und der Öffentlichkeit vorstellte. Sie enthielt